Junger DBSH NRW

Was werden Sie gegen den vorhandenen Fachkräftemangel und die zu geringe Wertschätzung in der Sozialen Arbeit unternehmen? Angehende Fachkräfte absolvieren meist ein unvergütetes Pflichtpraktikum in Vollzeit. Wie bewerten Sie daraus resultierende, häufig prekäre Lebensbedingungen von Studierenden?

Bei der Frage der Attraktivität sozialer Berufe spielen vielfältige Aspekte eine Rolle wie u.a. Arbeitsbedingungen, Vergütungen, gesellschaftliches Image, Rollenbilder und Angebote zur Berufsorientierung in den Schulen. Wir machen uns für die Umgestaltung von Karrieremustern von Jungen und Männern beziehungsweise Mädchen und Frauen sowie eine Ausbildung abseits der klassischen Rollenbilder stark. Das betrifft gerade auch soziale Berufe wie etwa Erzieher oder Krankenpfleger. Wir wollen das Modell „Girls‘ und Boys‘ Day Academies“ für ganz Nordrhein-Westfalen weiterentwickeln. Auch Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern wollen wir den Weg erleichtern und ihnen durch abgekürzte Ausbildungswege eine zweite Chance eröffnen, sich ihren Berufswunsch zu erfüllen. So wollen wir den Zugang zur Ausbildung in sozialen Berufen für Studienabbrecherinnen und Studienabbrecher verbessern. Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf setzen wir uns für die Ausweitung der Möglichkeiten einer Teilzeit-Ausbildung ein. Mit der Reform des BAföG, wird die Unterstützung zudem attraktiver, moderner und flexibler. Schüler, Auszubildende und Studierende sollen ab dem kommenden Wintersemester mehr BAföG erhalten. Die staatliche Ausbildungshilfe soll z.B. für Studierende um fünf Prozent angehoben. Auch für Schüler und Azubis soll die Förderung erhöht werden.

Wie wollen Sie sich konkret für mehr Digitale Teilhabe bspw. bei älteren Menschen, Menschen mit Behinderungen und Menschen in stationären Wohnsettings einsetzen und welche Unterstützungsmöglichkeiten sehen Sie, um bestehende Ungleichheiten beim Thema Digitalisierung zu beenden und zu verringern?

Die Digitalisierung eröffnet neue Chancen. Digitale Technologien bieten Menschen mit Beeinträchtigungen mehr Möglichkeiten, Barrieren zu überwinden und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Wir wollen die Potenziale der Digitalisierung weiter erschließen und dabei die Entwicklung spezieller digitaler Hilfsmittel und assistiver Technologien unterstützen. Wir wollen Angebote zur Vermittlung digitaler Kompetenzen weiter verbreiten und so insbesondere Menschen mit kognitiven Einschränkungen beim Zugang zu digitalen Medien unterstützen. Dazu haben wir entsprechende Mittel im Landeshaushalt zur Verfügung gestellt und so das ILLUME Projekt auf den Weg gebracht. Wir wollen die Arbeit in der Pflege durch digitale Anwendungen unterstützen und Pflegenden dadurch entlasten. Wir wollen so mehr Zeit für Zuwendung ermöglichen und zur Erleichterung des Arbeitsalltags Pflegenden beitragen. Dies reduziert auch Risiken für die Pflegebedürftigen, zum Beispiel bei Medikationsänderungen.

Durch Corona waren Angebote der Sozialen Arbeit stark von Schutzmaßnahmen betroffen und in ihrer Struktur der Niedrigschwelligkeit beeinträchtigt. Wie stellen Sie sich zukunftsichere Gestaltungsmöglichkeiten für Angebote vor, um Pandemie-Folgen insbesondere für Kinder/Jugendliche entgegenzuwirken?

Jede und jeder Einzelne ist wichtiger Bestandteil unserer Gemeinschaft und soll eine echte Chance auf Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens haben. Wir wollen deswegen Barrieren für Teilhabe abbauen. Wir wollen außerschulische Angebote der Kinder- und Jugendarbeit

als demokratische Bildungsorte und freiwillige Lernorte weiter stärken. Durch eine stärkere Förderung von Ferienfreizeiten und Bildungsprogrammen in den Schulferien sollen vor allem benachteiligte Kinder und Jugendliche profitieren. Außerdem wollen wir zusätzliche Ausbildungsplätze für Jugendliche mit Unterstützungsbedarf weiterhin finanziell bezuschussen und Matchingprozesse mit Unternehmen verbessern.

Die Finanzkraft der Kommunen unterscheidet sich sehr stark. Dies kann negative Auswirkungen auf die Hilfestrukturen und Gestaltungsmöglichkeiten der Sozialen Arbeit an unterschiedlichen Standorten haben. Welche Strategien haben Sie geplant, um dies zu verhindern?

Wir wollen die Kommunen in die Lage versetzen, aus eigener Kraft ihre Aufgaben zu bewältigen und Schwerpunkte zu setzen. Grundvoraussetzung hierfür ist eine transparente und verlässliche sowie auskömmliche Finanzausstattung unserer Kommunen. Perspektivisch wollen wir den Finanzanteil der Kommunen an dem Einnahmeaufkommen des Landes (sogenannte Verbundmasse) von derzeit 23 Prozent auf 25 Prozent erhöhen. Das Gemeindefinanzierungsgesetz muss regelmäßig auf seine Treffsicherheit überprüft werden. Um finanziell notleidenden Städten und Gemeinden aus dem Altschulden zu helfen, hat der „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ wichtige Impulse gesetzt. Auf diesem Weg werden wir – im Zusammenwirken mit den Vorhaben der neuen Bundesregierung – weitergehen und bekennen uns daher zu einer kommunalen Kredithilfe mit dem Leitsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“. Das Land gewährt ein professionelles Schuldenmanagement, gleichzeitig bleibt jede Kommune für ihre Schulden verantwortlich. Eine Vergemeinschaftung von Verbindlichkeiten lehnen wir ab.

Was werden Sie zum Schutz von Betroffenen häuslicher/partnerschaftlicher Gewalt, Kindern und queeren Personen tun? Welche präventiven Maßnahmen und familien-/bildungspolitischen Ziele verfolgen Sie? Und wie sollen konkret dringend benötigte Frauenhausplätze in NRW geschaffen und finanziert werden?

Wir treten jeglicher Form von Gewalt und Diskriminierung entschieden entgegen. Wir wollen darum die Förderung von Projekten weiter ausbauen, die aktiv gegen Diskriminierung jeglicher Art vorgehen, beispielsweise von LSBTIQ*. Im Bereich Kinderschutz haben wir mit einem Kinderschutzgesetz und weiteren Maßnahmen deutschlandweit neue Maßstäbe gesetzt.

Wir wollen Familien weiter stärken und setzen uns ein für mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine selbstbestimmte Rollenverteilung sowie Unterstützung im Falle der Pflege von Angehörigen. Denn im besten Fall ist die Familie der starke Ausgangspunkt für einen selbstbestimmten Lebensweg. Menschen können innerhalb der Familie jedoch auch Gewalt erleben. Darum wollen wir eine Koordinierungsstelle schaffen, die eine wirksame und nachhaltige Gesamtstrategie zur Prävention und Bekämpfung von häuslicher Gewalt entwickelt. Wir setzen uns für die Einführung eines länderübergreifenden Online-Registers zur Registrierung und Abfrage von freien Frauenhausplätzen ein und wollen den Ausbau der Frauenhausinfrastruktur fortsetzen.

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, die Kommunen, Gemeinden und Städte bei der Betreuung von Geflüchteten und der Zusammenarbeit mit privaten Trägern zu unterstützen, um u.a. problematische Lebensverhältnisse in Gemeinschaftsunterkünften zu verhindern und Gleichbehandlung zu gewährleisten?

Wir stehen zu unserer humanitären Verantwortung zur Aufnahme von Kriegsflüchtlingen. In den Aufnahmeeinrichtungen des Landes haben wir u. a. eine psychosoziale Erstberatung eingeführt, um insbesondere vulnerable Personen besser zu schützen. Wir wollen, dass sich die Kommunen auf die Integration der Menschen vor Ort konzentrieren können. Dazu haben wir mit dem Asyl-Stufenplans und der schrittweisen Zentralisierung der Zuständigkeit für die Rückkehr Kommunen von der Betreuung ausreisepflichtiger Geflüchteter entlastet.

Alter(n) zu begleiten ist Aufgabe der Sozialen Arbeit und unsere Profession somit Teil des Hilfesystems. Wie wollen Sie zukünftig die Vernetzung der verschiedenen Professionen im Gesundheitssystem gestalten bzw. fördern, um so Senior:innen den Anspruch auf Selbstbestimmung und Teilhabe zu erfüllen?

Wir wollen Hilfsangebote so verzahnen, dass ein Umfeld aus Betreuung und Versorgung dem Einzelnen Wahlfreiheit lässt, wie sie oder er leben möchte: ob ambulante Betreuung in der häuslichen Umgebung, Pflege-Wohngruppe oder stationäres Pflegeheim. Die Förderung innovativer quartiernaher Wohnformen wollen wir ermöglichen. Hierzu zählen auch Projekte zur Ausstattung von Wohnungen und Häusern mit digitalen Systemen und elektronischen Assistenzsystemen.

In Nordrhein-Westfalen entwickeln wir mit dem Förderprogramm „Miteinander und nicht allein“ stationäre Pflegeeinrichtungen zu Ankerpunkten in Kommunen. Die Heime sollen als Anlaufstellen dienen und älteren Menschen auch vor Eintritt einer Pflegebedürftigkeit Gemeinschaft und Versorgung anbieten. Wir wollen so die professionellen Angebote und die Kompetenzen von Pflegeheimen auch im Umfeld der Einrichtungen nutzen. Dabei werden aktuell 48 Projekte mit rund 2,5 Millionen Euro im Jahr gefördert.

Seit Jahren werden offizielle Beschwerdestellen zu polizeiunabhängigen Untersuchungen von Beschwerden gegen die Polizei gefordert. Welche Position vertreten Sie bei der Forderung nach solchen Beschwerdestellen, speziell für Bürger:innen-Belange und wie beurteilen Sie das aktuelle Versammlungsgesetz?

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in polizeiliches Handeln ist für unseren Rechtsstaat elementar. Wir wollen uns daher zum Ziel nehmen, das existierende qualifizierte Beschwerdemanagement der Polizei unter Vermeidung von Doppelstrukturen weiterzuentwickeln. Die Entgegennahme von Lob und Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern wollen wir technisch zentralisieren sowie Transparenz und Unabhängigkeit von Überprüfungsprozessen weiter stärken.

Mit dem neuen Versammlungsgesetz wollten wir die Meinungs- und Versammlungsfreiheit durch klare und verständliche Regeln stärken. Das Gesetz ist an zentralen Stellen bürgerrechtlicher, liberaler und moderner gestaltet worden: Etwa beim Gewalt- und Einschüchterungsverbot, den Kontrollstellen, dem Störungsverbot sowie den Regelungen zu Videoaufnahmen und -aufzeichnungen.